

**41  
78**

# Union in Deutschland

Bonn, den 30. November 1978

## Karl Carstens: Mann des Vertrauens

Einmütig hat der Bundesvorstand der Partei der Nominierung von Bundestagspräsident Karl Carstens als Kandidaten der Unionsparteien für das Amt des Bundespräsidenten zugestimmt. Die Ankündigung erfolgte durch den Parteivorsitzenden Helmut Kohl auf der Sitzung des Bundesvorstandes am vergangenen Montag in Bonn. Die Wahl des Bundespräsidenten findet im Mai des nächsten Jahres statt.

Helmut Kohl kündigte auf dieser Sitzung an, daß er den zuständigen Gremien der Partei die Kandidatur von Karl Carstens vorschlagen wird. Die CDU/CSU-Fraktion der Bundesversammlung soll spätestens im Februar 1979 in Bonn zusammentreten und über die Nominierung beschließen.

Außerdem beschäftigte sich der Bundesvorstand erneut mit den innerparteilichen Auseinandersetzungen der SPD über den Extremistenbeschluß. Helmut Kohl erklärte u. a.: Nachdem die FDP auf ihrem Bundesparteitag das Signal gegeben hat, beteiligt sich nun auch die SPD mit aller Kraft — wie die Lan-

### **■ HELMUT KOHL**

Wir stellen den richtigen Mann für das höchste Amt Seite 3

### **■ INFORMATION**

Gespräche mit dem DGB:  
Phase neuer Sachlichkeit

Seite 5

### **■ GUTACHTEN**

Auffassung der Union bestätigt Seite 6

### **■ KFZ-STEUER**

Außer Spesen nichts gewesen Seite 8

### **■ KOALITION**

Linke bereiteten dem Kanzler eine schwere Niederlage

Seite 11

### **■ FORSCHUNG**

Beratungsunwesen im Ministerium

Seite 12

### **■ ZUR SACHE**

Neues Flugblatt

Seite 13

### **■ DOKUMENTATION**

Freiheitliche Medienpolitik  
grüner Teil

### **■ ÖFFENTLICH- KEITSARBEIT**

Gesamtangebot

rosa Teil

Weiter auf Seite 2

(Fortsetzung von Seite 1)

desparteitage in Schleswig-Holstein und Hamburg gezeigt haben — an dem Wettrennen, linken Extremisten den Zugang zum öffentlichen Dienst zu verschaffen. Der Beschuß des Hamburger SPD-Landesparteitages wird dazu führen, daß die allein in Hamburg fast 400 Extremisten starke Mannschaft von linksradikalen Systemüberwindern im öffentlichen Dienst der Hansestadt kräftig vergrößert wird.

Die CDU fordert die Führungen von SPD und FDP mit großer Eindringlichkeit auf, den angetretenen Marsch nach links anzuhalten und die Gemeinsamkeit der Demokraten in der für unsere Demokratie lebenswichtigen Frage der Abwehr der Extremisten wiederherzustellen.

## **Eine Niederlage für den Bundeskanzler**

Die Niederlage, die Bundeskanzler Schmidt mit seinen späten Warnungen hinnehmen mußte, offenbart die Zerrissenheit der SPD ebenso wie ihr Führungsdefizit. Immer klarer wird erkennbar, daß die amtliche Politik der Bundesregierung in wesentlichen Fragen keine Unterstützung bei SPD und FDP findet, die zum Wettlauf nach links angetreten sind. Schmidt und Genscher lassen tatenlos zu, daß ihrer Regierung systematisch die politische Basis entzogen und die Achse der Bundesrepublik immer stärker nach links verschoben wird.

## **Für eine Verschärfung des Demonstrationsstrafrechtes**

Daß die Bedrohung unserer Verfassungsordnung durch Extremisten konkret und kein Hirngespinst ist, beweisen die blutigen Krawalle am vergangenen Wochenende in Frankfurt. Der Frankfurter Oberbürgermeister Dr. Walter Wallmann berichtete, daß ausländische und deutsche Linksradikale aus Teilen der Bundesrepublik mit erschreckender Brutalität den Beweis dafür geliefert haben, daß die Saat der Gewalt immer wieder aufgeht. Die CDU fordert seit langem eine Verschärfung des Demonstrationsstrafrechtes, um die auswuchernde Gewaltsamkeit einzudämmen. Sie wird erneut initiativ werden, um Grundlagen dafür zu schaffen, daß die rechtlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung gewaltiger Demonstrationen ausgeschöpft werden. Der Bundesvorstand der CDU dankte der Frankfurter Polizei für ihren Einsatz und sprach ihr seine Sympathie aus.

**Helmut Kohl:**

# Wir stellen den richtigen Mann für das höchste Amt

**Der Parteivorsitzende Helmut Kohl gab in der ZDF-Sendung „heute“ zur Nominierung von Karl Carstens als Unionskandidat für die Bundespräsidentenwahl folgendes Interview:**

**H. J. Reiche:** Es ist nicht nur die Entscheidung gefallen, daß ein eigener Kandidat von der CDU/CSU-Fraktion für das Amt des Bundespräsidenten nominiert wird, Sie haben auch eine personelle Entscheidung getroffen. Warum haben Sie sich für Karl Carstens entschieden?

**Helmut Kohl:** Wir haben bereits vor einigen Wochen deutlich gemacht — CDU wie CSU gemeinsam —, daß wir die Verantwortung, die uns die Wähler übertragen haben — bei der Bundestagswahl, bei vielen Landtagswahlen —, mit der Mehrheit der Bundesversammlung wahrnehmen werden und aus dieser Verantwortung einen eigenen Kandidaten der CDU/CSU benennen.

Wir werden zu Beginn des neuen Jahres die Sitzung der Fraktion der Bundesversammlung haben. Ich halte es für richtig, daß die Kollegen, wenn sie hierher nach Bonn kommen zu dieser Sitzung, meine Meinung und auch meinen Personalvorschlag kennen. Deshalb habe ich heute noch einmal Prof. Karl Carstens ausdrücklich nominiert vor dem Parteivorstand der CDU.

**Reiche:** Prof. Carstens wird gerade in diesen Tagen heftig publizistisch angegriffen, vor allem auch aus seiner Zeit,

als er Staatssekretär im Kanzleramt gewesen ist. Sehen Sie hierin nicht Gefährdungen für Ihren Kandidaten?

**Helmut Kohl:** Die Erfahrungen, die meine Freunde und nicht zuletzt auch ich in den letzten Monaten und Jahren gemacht haben, ist doch, daß, wann immer ein Kandidat aus unseren Reihen für ein Amt nominiert wird, er frontal angegriffen wird.

Karl Carstens ist ein Mann, der sich um unser Vaterland hoch verdient gemacht hat, er hat in über drei Jahrzehnten in wichtigsten Funktionen unserem Staat gedient. Er ist ein erfahrener Politiker, er ist ein kluger Mann, ein Mann mit Augenmaß, ein Mann auch, der etwas von der Würde des Amtes weiß und sie lebt. Er ist für mich der richtige Mann für dieses Amt, und deswegen habe ich ihn vorgeschlagen.

## ■ INFORMATION

### Von Apel im Stich gelassen

Zu dem Ersuchen von Generalinspekteur Wust, in den einstweiligen Ruhestand versetzt zu werden, erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Friedrich Zimmermann: Wenn der erste Soldat der Bundeswehr es mit einem Verteidigungsminister zu tun hat, der weder vor ihm, noch hinter ihm, sondern überhaupt nicht steht, dann muß er sich verlassen fühlen. Deshalb ist es konse-

quent, wenn Generalinspekteur Wust von sich aus um die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand bittet. Dies spricht für ihn. Der Vorgang insgesamt aber spricht gegen den Verteidigungsminister. Er schließt sich nahtlos an an Minister Apels traurige Rolle, die er in der Frage der NATO-Manöver spielt und an das Versagen des Ministers bei der Regelung des Wehrdienstverweigerungsrechts, bei dem Hans Apel jeden richtungweisenden Gedanken vermissen läßt.

## Junge Union bereitet Freiheitskampagne vor

Die Junge Union plant aus Anlaß des 30jährigen Bestehens des Grundgesetzes im kommenden Jahr eine bundesweite Informationskampagne, um vor allem bei der jungen Generation für die Grundlagen der freiheitlichen Ordnung der Bundesrepublik zu werben. Dies teilte der Bundesvorsitzende Matthias Wißmann als Ergebnis einer zweitägigen Sitzung der Führungsgremien der Jungen Union in Stuttgart mit.

## CDU/CSU stellt 22 Fragen zum „Schnellen Brüter“

Mit einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die angekündigte parlamentarische Diskussion über den Weiterbau des umstrittenen Prototyp-Reaktors „Schneller Brüter“ in Kalkar in Gang gesetzt. Wie ihr forschungspolitischer Sprecher Christian Lenzer dazu erklärte, wird die Union die Initiative für eine umfassende Debatte im Bundestag ergreifen, falls die Bundesregierung von sich aus nicht zu klaren Aussagen und Maßnahmen im Fall Kalkar in der Lage ist.

In der Anfrage, die 22 Teilfragen um-

faßt, will die CDU/CSU wissen, wie die Bundesregierung zu den Vorschlägen des Düsseldorfer Wirtschaftsministers Riemer — Umwandlung des „Schnellen Brüters“ in eine Plutonium-Vernichtungsanlage — und zu den Beschlüssen des FDP-Parteitages steht. Der Kongreß hatte gefordert, keine neuen Entscheidungen zu treffen, bevor nicht die Ergebnisse einer Enquete-Kommission im Bundestag behandelt worden sind.

## Musik mit Heiner Geißler

Der nicht gerade häufige Fall, daß ein Politiker den Sendebetrieb einer Rundfunkanstalt rettete, trat im Landesstudio Mainz des Südwestfunks ein. Dort hatte der etatmäßige Sprecher, der eine regionale Musiksendung ansagen sollte, sozusagen öffentlich-rechtlich verschlafen. In ihrer Not suchte die zuständige Technikerin nach Ersatz. Da trat ihr zufällig Heiner Geißler entgegen, der von Aufnahmen für eine politische Sendung kam. Ohne mit der Wimper zu zucken, las der Generalsekretär und Musikkenner zwei Seiten Ansage live ins Mikrofon, u. a. „Vagabundenlieder“ und eine Kantate (nach Texten von Zuckmayer) des Komponisten Philipp Mohler.

## Weniger Staat, aber einen besseren

In den immer tiefergehenden dirigistischen Eingriffen des Staates in Gesellschaft und Wirtschaft liegen nach Auffassung des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministers Westphal Ursachen für die um sich greifende Staats- und Parteidrosselheit vieler Menschen. Vor dem Wirtschaftsrat der CDU erklärte der Minister, heute nehme die Handlungsfähigkeit des Staates wegen seiner hohen Verschuldung ständig ab.

# Gespräch mit dem DGB: Phase neuer Sachlichkeit

Zu einem umfassenden Expertengespräch trafen am Donnerstag, den 23. November 1978 Vertreter der CDU-Bundesgeschäftsstelle mit den Vorstandssekretern und Abteilungsleitern beim DGB-Bundesvorstand zusammen. Es war der erste Meinungsaustausch dieser Art, der zwischen der CDU und dem Deutschen Gewerkschaftsbund stattgefunden hat.

Das Gespräch der beiden Delegationen, die vom leitenden Vorstandssekretär des DGB, Willi Zimmermann und vom Leiter der Hauptabteilung Politik der CDU, Ulf Fink, geführt wurden, war sehr aufgeschlossen und konstruktiv. Es soll fortgesetzt werden. Folgende Themen wurden erörtert:

- Grundwerteverständnis
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- Familienpolitik
- Weiterentwicklung der sozialen Sicherung
- Abwehr von Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst
- Bildungs- und Berufsbildungspolitik.

Besonders intensiv wurde über die Grundsatzprogrammdiskussion in beiden Organisationen gesprochen. Das Gespräch zeigte, daß das kürzlich verabschiedete Grundsatzprogramm der CDU ein gutes Fundament für eine fruchtbare Zusammenarbeit, für eine Phase der neuen Sachlichkeit sein kann.

Besonders im Bereich der Rentenpolitik, der Anerkennung wachsender Bedeutung der Frauen- und Familienpolitik, sowie in vielen konkreten Punkten der Arbeitsmarktpolitik, zeigte sich ein hohes Maß an Übereinstimmung. Es wurde vereinbart, Fragen der Wirtschafts-, Bildungs- und Familienpolitik in kleinen Expertengesprächen weiter zu vertiefen.

Generalsekretär Heiner Geißler hatte im traditionellen Buß- und Bettagsgespräch im Institut für Gesellschaftswissenschaften in Walberberg bei Bonn in der vergangenen Woche dem Deutschen Gewerkschaftsbund eine neue Phase des „kritisch-konstruktiven Dialogs“ angeboten.

und die Bürger würden immer stärker mit Abgaben und Steuern belastet. Diese Umstände müßten zwangsläufig zur Entmündigung des Bürgers und zum Abbau des Leistungswillens führen. Aufkäufe mittelständischer Unternehmen durch Unternehmen, die unter Bundesinfluß stehen, seien ein Musterbeispiel für die Strukturveränderung

der Wirtschaft durch den Staat. In die gleiche Richtung liefen die monopolistischen Bestrebungen der Bundespost. Westphal forderte die Monopolkommission auf, ein Sondergutachten über die „bedenklichen Vorgänge“ anzufertigen. Die CDU wolle „weniger Staat, aber einen besseren“, betonte der Wirtschaftsminister.

## ■ BAföG

### Gegen Mißbrauch von Steuermitteln

Bis vor kurzem war die Bundesregierung noch mit der CDU/CSU-Faktion der Auffassung, daß bei der Studentenförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) bei den Langzeitstudiengängen — acht und mehr Semester — ein zweiter Leistungsnachweis erbracht werden sollte. Ein erster Referentenentwurf zielte jedenfalls in diese Richtung.

Bei vielen Studenten stieß dieser Vorschlag auf Ablehnung. Ebenso bei manchen Professoren: sie fürchten Mehrarbeit. Die Bundesregierung reagierte typisch: sie gab dem Druck ihrer Hochschulklientel nach. Dazu erklärte MdB Karl-Heinz Hornhues: Die CDU/CSU bleibt bei ihrer Auffassung, für die längeren Studiengänge die BAföG-Förderung von einem zweiten Leistungsnachweis abhängig zu machen, denn für keinen Ausbildungsbereich werden soviel Steuermittel aufgewandt wie für den Hochschulbereich. Es darf nicht der Eindruck entstehen, daß mit dem Geld Mißbrauch getrieben werden könnte.

Das Schlagwort „Karteistudenten“ bezeichnet das Problem, indem es umschreibt, daß es wohl eine Reihe von „Studenten“ gibt, die nicht oder nicht mehr die Absicht zu einem Studienabschluß haben, aber die Vorteile des „Student-Seins“ (zum Beispiel auch BAföG) nicht missen möchten.

## ■ GUTACHTEN

### Auffassung der Union bestätigt

Die Aussagen der Sachverständigen in ihrem Jahresgutachten 1978/79 decken sich in wesentlichen Teilen mit der Auffassung der CDU/CSU, stellte der Vorsitzende des wirtschaftspolitischen Arbeitskreises der Bundestagsfraktion Werner Dollinger fest.

Sie fordern u. a. mehr Klarheit über die künftige Struktur der Besteuerung, eine Stärkung der Eigenkapitalausstattung, die Erhöhung der Selbstfinanzierung sowie Maßnahmen zur Vermögensbildung durch Beteiligung der Arbeitnehmer auch am Risiko.

Nach Meinung der Sachverständigen läßt sich weder durch eine stärkere Politik der Arbeitszeitverkürzung noch durch verstärkte Staatsausgaben Vollbeschäftigung erreichen. Das Wachstum muß vielmehr durch Stärkung der Investitionen und der Angebotskräfte unterstützt werden.

Die Sachverständigen fordern ferner eine Mäßigung bei den künftigen Staatsausgaben.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind diese Forderung ein erneuter Beweis für die Richtigkeit ihrer Wirtschaftspolitik. Die Forderungen der Sachverständigen lassen sich nur dann verwirklichen, wenn auch die radikalen Kräfte in SPD und FDP von ihren klassenkämpferischen Forderungen ablassen und die Soziale Marktwirtschaft wieder zur Grundlage der Regierungs- politik wird.

## ■ ARBEITSFÖRDERUNGSGESETZ

# Für die Fehlentscheidungen trägt Ehrenberg die Verantwortung

**Mit der Vorlage der 5. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz reagiert die Bundesregierung erst jetzt auf die sich seit Jahren bedrohlich verschärfenden Strukturprobleme auf dem deutschen Arbeitsmarkt, erklärte der sozialpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, MdB Heinz Franke, zu der Verabschiedung der 5. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz.**

**S**ein 1975 hat die Bedeutung der Problemgruppen, beispielsweise der Ungelernten, der Schwerbehinderten, der älteren und längerfristig Arbeitslosen kontinuierlich zugenommen: 55,5 % aller Arbeitslosen sind heute Ungelernte und über 22 % schon länger als ein Jahr ohne Beschäftigung. Eine Tendenzwende ist nicht in Sicht.

Diese bedenkliche Entwicklung ist ganz wesentlich auf die verhängnisvolle Fehlentscheidung der Bundesregierung und der sie tragenden Koalition von SPD/FDP im Jahre 1975 zurückzuführen, die bis dahin geltenden Anspruchs-Voraussetzungen für Leistungen des Arbeitsförderungsgesetzes, insbesondere auf dem Feld der beruflichen Bildung, drastisch zu verschärfen und darüber hinaus die Qualität der Förderungsmaßnahmen zu verschlechtern.

In dem Bestreben, aufgetretenen Mißbräuchen zu begegnen, haben Bundesregierung und SPD/FDP-Koalition in einer Kurzschlußreaktion durch das

Haushaltsgesetz 1975 auf dem Gebiet der Arbeitsförderung das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Hunderttausende von älteren, schwerbehinderten oder ungelernten Arbeitslosen müssen jetzt die Zeche für diese strategische Fehlentscheidung bezahlen.

Mißt man die in dem Gesetzentwurf der Bundesregierung neu eingeführten Tatbestandsmerkmale des § 103 Arbeitsförderungsgesetz an ihrem objektiven Erklärungswert und nicht an der Wortakrobatik des Ministers, die mehr zur Verschleierung als zur Erhellung des gesetzlichen Tatbestandes beiträgt, so läßt sich einfach nicht bestreiten, daß eine Verschärfung der Kriterien für die Zumutbarkeit der einem Arbeitslosen angebotenen Arbeit bewußt und gewollt mit der 5. Novelle eingeführt worden ist. Ebenso wie bei der Diskussion um den die gleiche Problematik regelnden umstrittenen Runderlaß der Bundesanstalt für Arbeit 230/78 versucht der Minister sich zwischen den jetzt unausweichlich gewordenen schmerzlichen Konsequenzen einer sich verhärtenden strukturellen Arbeitslosigkeit und dem damit einhergehenden politischen Druck des linken Flügels seiner Fraktion und der Gewerkschaften hindurchzulavieren.

Die für viele Arbeitslose heute einschneidenderen Folgen der verschärften Anforderungen an ihre räumliche und berufliche Mobilität hätten bei einer vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik vermieden werden können.

## ■ KOHLEPFENNIG

### Überzeugendes Konzept fehlt

Zu den Plänen der Bundesregierung, den „Kohlepfennig“ zum 1. Januar 1979 kräftig zu erhöhen, meldet die CDU/CSU deutliche Vorbehalte gegen Umfang, Zeitpunkt und Begründung an, erklärte der energiepolitische Sprecher der Fraktion, Karl-Heinz Narjes.

Vermißt wird die notwendige Rücksichtnahme auf das stabilitätspolitische Gebot, administrative Preise stabil zu erhalten. Vermißt werden überzeugende Hinweise auf die Möglichkeit von Strompreissenkungen aufgrund verringerter Energieeinsatzkosten.

Der Zeitpunkt der Vorlage wird schon deshalb für ungeeignet gehalten, weil er nicht die Minderung des Subventionsmehrbedarfs berücksichtigt, der nach der gegenwärtig am Markt zu beobachtenden Verteuerung des Ölpreises und aufgrund der in der zweiten Dezemberhälfte in Aussicht gestellten Korrektur der OPEC-Preise erwartet werden kann.

Die Bundesregierung schweigt unzulässigerweise zu dem sich verschärfenden Problem der regionalen Differenzierung der Stromtarife.

Die Bundesregierung scheint zu übersehen, daß die Institution des Kohlepfennigs in doppelter Hinsicht prekär ist: Er kann auf die Dauer nur politisch durchgesetzt werden, in Verbindung mit einem langfristigen und überzeugenden Konzept der Kohlepolitik, das immer noch fehlt.

## ■ KFZ-STEUER

### Außer Spesen nichts gewesen

Seit 1970 ist über die Reform der Kfz-Steuer eine intensive politische Diskussion geführt worden. Die Stunde Null in dieser Diskussion ist also längst passé. Es war deshalb eine politisch naive Annahme von Bundesfinanzminister Matthöfer, daß die von ihm durchgeführte Anhörung von 66 Verbänden und Organisationen in der Sache noch neue Erkenntnisse hätte bringen können, erklärte MdB Dieter Schulte.

Es fand sich kein nennenswertes Argument, das nicht bereits seit längerem auf dem Tisch liegt. Fazit: Außer Spesen nichts gewesen.

Bei der schon lange überfälligen Reform der Kfz-Steuer fehlt es längst nicht mehr an den in der Sache notwendigen Erkenntnissen, sondern nur noch an der politischen Entscheidung. Die aber wird, das hat Finanzminister Matthöfer jetzt kleinlaut durchblicken lassen, von ihm nicht mehr in dieser Legislaturperiode herbeigeführt.

Nach wie vor und unter Abwägung aller Zielkonflikte ist die Einführung des Plakettenverfahrens der politisch in dieser Legislaturperiode machbare und sinnvolle Kompromiß zwischen den Belangen der Verwaltungsvereinfachung, der steuerlichen Gerechtigkeit, des Umweltschutzes und der Energieeinsparung einerseits und den Belangen der Pendler, der peripheren Gebiete, der Vielfahrer und der Schwerbehinderten andererseits. Das hat die Anhörung — keineswegs eine Neuigkeit — bestätigt.

## ■ KOALITION

### **Superversorgungsposten für Altgenosse Kühn**

Die Bestellung des früheren nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Kühn zum Beauftragten der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer ist die Versorgung eines sozialdemokratischen Altpolitikers mit einem Büro, persönlichem Referenten, Dienstwagen, Cheffahrer usw. aus Steuermitteln, die der berechtigten Sache der ausländischen Arbeitnehmer nichts nützen wird, erklärte der CDU-MdB Albrecht Hasinger, stellvertretender Vorsitzender des Bundesfachausschusses für Sozialpolitik.

Wie sehr der Versorgungszweck für Kühn im Vordergrund dieser Nacht- und Nebelaktion der Bundesregierung steht, zeigt sich daran, daß keinerlei Kompetenzen für dieses Amt ausgewiesen werden. Ein derartiges Amt ohne Kompetenzen wird auch ohne Wirksamkeit bleiben. Es besteht die Gefahr, daß die berechtigten Sorgen über die fehlenden Zukunftschancen der ausländischen Kinder und Jugendlichen von der Bundesregierung nicht mit Taten, sondern mit Ämtern und Pfründen beantwortet werden. Charakteristisch ist auch, daß es die Regierung nicht für notwendig gehalten hat, mit den Organisationen, die sich seit Jahrzehnten der sozialen Betreuung der ausländischen Arbeitnehmer widmen, vor der Beauftragung Kühns zu sprechen.

Der Name Kühn ist während seiner aktiven Ministerpräsidentenzeit nie mit einer persönlichen Initiative zugunsten der berechtigten Belange der auslän-

dischen Familien verbunden gewesen. Seine ständigen Auslandsreisen waren schon während seiner Ministerpräsidentenzeit ein dauernder Stein des Anstoßes. Diese Reisetätigkeit soll nun auf Kosten des Bundeshaushaltes fortgesetzt werden.

### **Zerrissenheit der SPD in Berlin**

Der Berliner SPD-Landesparteitag zu den Europawahlen hat nach Ansicht des Geschäftsführenden Landesvorsitzenden der Berliner CDU, Eberhard Diepgen, gezeigt, daß die Position des Landesvorsitzenden Löffler und des Regierenden Bürgermeisters Stobbe äußerst geschwächt sind. Diepgen erklärte weiter: „Wenn Löffler nur mit einem für ihn äußerst mageren Wahlergebnis der erste Platz für die Kandidatur zum Europaparlament zugebilligt wurde, so zeigt dies, daß sein Führungsanspruch als Landesvorsitzender auf tönernen Füßen steht und er jederzeit wieder zum politischen Spielball der Delegierten werden kann. Bezeichnend für die mangelnde Solidarität der Genossen untereinander ist die Bemerkung des Delegierten Rauchfuß: Löffler gehört nach Brüssel, damit wir ihn in Berlin endlich los sind.“

Auch die zweite Schlappe für Löffler, Stobbe und Riebschläger, die Ablehnung einer Bestellung des Landesgeschäftsführers durch den Landesvorstand, muß wie ein Schlag ins Gesicht gewirkt haben und zeigt erneut eindrucksvoll die tiefe Zerrissenheit der Berliner SPD.“

### **Weitere FDP-Austritte**

Nach dem Austritt von 25 FDP-Mitgliedern aus ihrer Partei in Erftstadt im Bezirk Köln haben nun auch derstell-

vertretende Ortsverbandsvorsitzende Walther und der Schatzmeister Esser ihre Ämter niedergelegt. In einer Austrittserklärung an die FDP begründen sie dies mit dem Linkskurs der FDP. „Die Hilflosigkeit der Parteiführung auf allen Ebenen läßt uns keine Hoffnung mehr“, heißt es in der Erklärung. „Wir sind vor Jahren einer gemäßigten, liberalen Partei beigetreten. Die heutige FDP geben wir auf, unsere Überzeugung nicht.“

## Wehnern „Pionier“-Arbeit

Zu den jüngsten Äußerungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner, der westliche Vorleistungen bei der Abrüstungsfrage befürwortet, erklärte der Vorsitzende des außenpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Werner Marx: Herbert Wehner hat in den letzten Jahren immer wieder Pionierarbeit geleistet, wenn es darum ging, die Politik der Bundesregierung ein Stück weiter zu treiben, weiter weg von unseren festen Verankerungen im Westen, den sowjetischen Wünschen entgegen. Herbert Wehner weiß genau, daß die Sowjetunion die Zeit der „Entspannung“ benutzte, um ihr gewaltiges militärisches Arsenal an konventionellen und atomaren Waffen und Waffenträgern in der Luft, auf den Ozeanen und im Weltraum bedeutend zu stärken und zu modernisieren. Er kennt die auf präzisen Analysen beruhenden Stellungnahmen der NATO. Er weiß, daß das bedrohliche Übergewicht, welches der Warschauer Pakt in den letzten Jahren errungen hat, durch eigene Vorleistungen nur noch erhöht würde. Nach Lage der Dinge müßte eigentlich die sowjetisch geführte Seite Vorleistungen erbringen.

Die CDU/CSU wird dieses Thema bei

der bevorstehenden Abrüstungsdebatte diskutieren, weil nicht hingenommen werden kann, daß die im Bundestag vertretene Politik der Bundesregierung aus dem Bereich der sie tragenden Fraktionen heraus zugunsten des Gegners unterlaufen wird. Es erhebt sich gleichzeitig die Frage, ob der Vorstoß Wehnern ein Signal an die sowjetische Regierung darstellt und als Vorbereitung jener Abrüstungsgespräche gedacht ist, welche die Sozialistische Internationale unter Führung Brandts in Bälde in Moskau mit den Sowjets führen will.

## Köppler rügt Zweiklassenrecht der Journalisten

Die CDU wird Gebührenerhöhungen bei Funk und Fernsehen nicht mehr zu stimmen, solange nicht „der Skandal des Zweiklassenrechts in der Altersversorgung von Journalisten endgültig besiegelt“ sei. Dies hat Heinrich Köppler im „Rheinischen Pressedienst“ der Partei angekündigt. Es gehe nicht länger an, meinte er, daß die in der privatwirtschaftlich organisierten Presse tätigen Journalisten ihre Altersversorgung durch die Unternehmen täglich auf dem freien Markt erwirtschaften lassen müßten, während die Altersversorgung der bei den öffentlich-rechtlichen Medien tätigen Journalisten durch das Sonderrecht der steuerähnlichen Gebührenerhebung bei Hörern und Zuschauern gesichert werde. Dagegen bestünden auch ordnungspolitische Bedenken. Selbst Rundfunkjournalisten, die noch publizistischen Ehrgeiz hätten, scheuten inzwischen den Weg zurück in die Privatwirtschaft. So entstehe in den Funk- und Fernsehanstalten ein Beamtenbewußtsein, das nicht ohne Einfluß auf die Qualität der Programme bleibe.

# Linke bereiten Schmidt schwere Niederlage

**Der stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende, Bundeskanzler Helmut Schmidt (59), hat am vergangenen Wochenende in seiner Heimatstadt durch seine Partei eine schwere Niederlage hinnehmen müssen. Der SPD-Landesparteitag erteilte Schmidt in der Auseinandersetzung über den sogenannten Extremistenbeschuß (Beschäftigung von Radikalen im öffentlichen Dienst) eine eindeutige Abfuhr.**

Mit großer Mehrheit billigten die Delegierten trotz der massiven Einwände des Kanzlers und einiger prominenter Hamburger Sozialdemokraten die Vorschläge des SPD-Bürgermeisters Hans-Ulrich Klose (41), wonach künftig bei Bewerbern für den öffentlichen Dienst von einer „positiven Vermutung der Verfassungstreue“ ausgegangen werden soll. Außerdem sollen Mitgliedschaft oder sogar Funktion in einer verfassungsfeindlichen Organisation allein für die Ablehnung oder Entlassung nicht ausreichen.

Philipp Jenninger, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, stellte hierzu fest: „Der Kanzler wird sehr bald auch in anderen Sachfragen wie Kernenergie, Wehrdienstverweigerung, Neutronenwaffe, Aussperrung, Wirtschaftsordnung und so weiter in seiner Partei Stellung beziehen müssen, wenn er sich treu bleiben will. Der Versuch, in Sachen Radikalerlaß durch eine vorsichtige, allein auf dem Gebiet des Gehorsams gegenüber dem Verfassungsgericht aufgebauten Argumentation zu retten, was zu

retten ist, ist gründlich gescheitert. Der Kanzler wird lernen müssen, seine Politik in der eigenen Partei mutig und offensiv zu vertreten.“

## Zu den Hamburger Vorgängen schreibt die Presse u. a.:

Helmut Schmidt hat in seiner Heimatstadt, die schon heute 250 linksextreme Lehrer beschäftigt, vor „Rabauken und Randalierern“ gewarnt, hat klipp und klar gesagt, daß er „diese Kerle“ nicht im öffentlichen Dienst haben wolle. Aber seine eigenen Parteifreunde haben seine Warnungen ausgeschlagen und Beschlüsse gefaßt, die die Zahl der Extremisten im Hamburger Staatsdienst ganz zwangsläufig noch erhöhen wird.

## Neue Rhein-Zeitung

Die hohe Zustimmung für Klose kommt einer Abfuhr für den Kanzler gleich... Die SPD-Parteitage am Wochenende haben das deutlich gemacht. Zum anderen scheint Schmidt die Sorge zu plagen, die SPD könne durch eine zukünftige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gerade in einer solch heiklen Frage in den Geruch politischer Unzuverlässigkeit kommen — ein Trauma, das die gesamte Geschichte der Sozialdemokratie begleitet.

## Stuttgarter Zeitung

In der Auseinandersetzung mit dem Hamburger Bürgermeister Klose hat Bundeskanzler Schmidt mit Bedacht ein Wort gewählt, das in den letzten zwanzig Jahren kaum gebraucht worden ist: Gehorsam... Gehorsam verlangt die Verfassung vor allem von denen, die den Staat vertreten. Die Sozialdemokraten, die dazu vom Wähler berufen sind, fühlen sich aber auch in der Exekutive oft noch als Oppositionelle, und so hat denn Schmidt, der Mahner, sogar in „seinem“ Hamburg eine Abfuhr erhalten.

## Frankfurter Allgemeine

## ■ FORSCHUNG

### Beratungsunwesen im Ministerium

Einen neuen Rekord hat das Forschungsministerium aufgestellt: Die meisten Berater der Bundesregierung sind beim Forschungsministerium beschäftigt:

**1 020 Berater in 120 verschiedenen Gremien. Zur Verwaltung dieses Beratungsunwesens wird ein eigenes Referat beschäftigt, das alleine mit Einladungen, Protokollen und Versand der Protokolle vollkommen ausgelastet und teilweise überlastet ist.**

Dazu stellt MdB Heinz Riesenhuber, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Energie und Umwelt, folgendes fest: Durch die vielen Berater und Komitees ist die Übersicht über die Fachprogramme und Zielvorstellungen absolut verlorengegangen. Das Beratungswesen des Forschungsministeriums hat sich selbst zur Bedeutungslosigkeit verurteilt.

Wie ist der Sachverhalt zur Zeit?

Fünf Fachausschüsse mit 75 Beratern, 49 Sachverständigenkreise mit 436 Beratern (weitere fünf Sachverständigenkreise sind geplant), 21 Ad-hoc-Ausschüsse mit 174 Beratern (weitere elf Ausschüsse sind geplant), zwei Projektkomitees mit 22 Beratern, 33 Gutachterausschüssen mit 312 Beratern (weitere vier Gutachterausschüsse sind geplant). Wenn die geplanten Ausschüsse aufgrund des Beratungsplans 1978 etabliert sind, wird das Forschungsministerium 1 300 Berater in den verschiedensten Gremien haben. Darüber

hinaus wird dieses Beratungswesen noch unübersichtlicher, wenn man die Berater berücksichtigt, die die unterstellten Forschungseinrichtungen des Forschungsministeriums noch mal separat engagieren.

Im Beratungsplan werden diese Gutachter nicht im einzelnen aufgeführt. Auch sind im Beratungsplan nicht alle Berater aufgeführt, die für die sogenannten Projektträger tätig sind.

In den verschiedensten Gremien des Forschungsministeriums sitzen Personen oder die Vertreter von Unternehmen und staatlichen Instituten, die gleichzeitig wiederum auf der anderen Seite als Antragsteller für Förderungsgelder auftreten. Es geschieht öfter, daß in einer Gutachtensitzung über Anträge eines Gutachters mit beraten wird.

Die ursprüngliche Absicht, die Berater öfter auszuwechseln, um mögliche Interessenkonflikte durch die Rotation der Berater zu verhindern, wird nur ungenügend verwirklicht. Damit dieses Beratungsunwesen wiederum zu einem sinnvollen Beratungswesen für das Forschungsministerium wird, sind unbedingt folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- ① Reduzierung der Beratungsgremien auf eine überschaubare Zahl von rund 20 bis 30 mit jeweils bis zu vier befristet berufenen Sachverständigen.
- ② Befristete Heranziehung von Gutachten zur Beurteilung von Förderungsanträgen mit genauer vorhergehender Überprüfung möglicher Interessenskonflikte zwischen Gutachtern und Antragstellern.
- ③ Veröffentlichung sämtlicher Vorschläge der Beratungsgremien mit einer Stellungnahme des Ministeriums versehen.

# Zur Sache:

## Unsere Standfestigkeit zahlt sich jetzt aus: Es gibt mehr Geld!

Beratung des Steuerpakets im Bundes>tag, Bundesrat und Vermittlungsausschuß: Harter Widerstand von SPD und FDP gegen die Verbesserungsvorschläge der CDU/CSU. Doch die Union läßt sich nicht beirren. Schließlich geht es um unsere Familien mit Kindern. Und es geht darum, der wachstums-schwachen Wirtschaft unter die Arme zu greifen, damit Arbeitsplätze erhalten bleiben. Zähe Verhandlungen, dann der Durchbruch. Die Standfestigkeit der CDU/CSU im Interesse der Bürger zahlt sich jetzt aus.

### Für die Familie:

- Das Kindergeld für das zweite Kind wird schon zum 1. Juli kommenden Jahres um DM 20,- erhöht (und nicht erst 1980).
- Schon vom nächsten Januar an gibt es DM 200,- für das dritte und jedes weitere Kind.
- Ein Betreuungsfreibetrag bis zu DM 1200,- pro Kind hilft den Familien, die besondere Aufwendungen für Betreuung und Beaufsichtigung ihres Kindes nachweisen. Diese Regelung gilt von 1980 an.

### Für die Wirtschaft:

- Der Freibetrag bei der Gewerbe Kapitalsteuer wird von DM 60 000,- auf DM 120 000,- verdoppelt. Das gilt von 1981 an.
- Für Dauerschulden wird ein Freibetrag von DM 50 000,- eingeführt.

### Für die Gemeinden:

- Von 14% auf 15% steigt der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer.
- Um ein Drittel wird die an den Bund abzu-führende Gewerbesteuerumlage gekürzt.

### Übrigens:

Die Beratung des Steuerpakets war für die CDU die erste Möglichkeit, ihre steuer- und familienpolitischen Forderungen aus ihrem Grundsatzprogramm durchzusetzen. Die CDU hat zu ihrem Wort gestanden.

So wird es auch in Zukunft sein:

Die CDU kämpft gegen leistungsfeindliche Steuersätze.

Die CDU kämpft für eine Besserstellung der Familien mit Kindern.



## ■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

### Neu im Angebot

#### Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands



**Mindestabnahme: 20 Exemplare**  
**Preis: 12,— DM pro Mindestabnahme**  
**Bestell-Nr. 3912**

**Auf dem 26. Bundesparteitag in Ludwigshafen ist das Grundsatzprogramm der CDU beschlossen worden. Das Interesse der Öffentlichkeit an diesem Programm ist groß. Jetzt kommt es darauf an, allen interessierten Mitbürgern das Programm zur Verfügung zu stellen.**

Die Kreis-, Stadt- und Gemeindeverbände der CDU sollten dafür sorgen, daß die Personen, die auf lokaler Ebene als „Multiplikatoren“ gelten, das Programm bekommen.

Dabei sollte u. a. an folgende Zielgruppen und Einzelpersonen gedacht werden:

- Lehrer für Geschichte, Politik, Sozial- und Gemeinschaftskunde
- Mitglieder von Kirchenvorständen
- konfessionelle Bildungseinrichtungen
- Volkshochschulen
- Gewerkschaftsvertreter
- Arbeitgeberorganisationen

Und selbstverständlich sollten die Verantwortlichen in den Kreis-, Stadt- und Gemeindeverbänden dafür sorgen, daß jeder, der in einer Grundsatzprogrammkommission an der Vorbereitung des Grundsatzprogramms mitgewirkt hat, jetzt die Programmbroschüre bekommt. Wir wissen von zahlreichen CDU-Verbänden, daß sie die Vorstellung des Grundsatzprogrammes mit einer Informationsveranstaltung verbinden wollen. Auf besonderes Interesse dürften dabei solche Veranstaltungen stoßen, bei denen Mitglieder der Grundsatzprogrammkommission eines Kreisverbandes mit Vertretern aus allen gesellschaftlichen Gruppen der Bevölkerung über das beschlossene Grundsatzprogramm diskutieren werden.



## Helmut Kohl Politik für eine lebenswerte Zukunft

**CDU**  

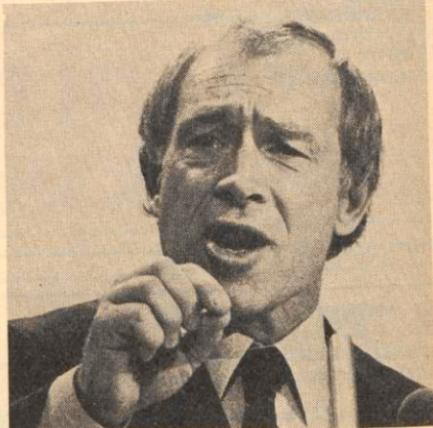

Rede auf dem 26. Bundesparteitag  
der CDU in Ludwigshafen.

**Mindestabnahme: 100 Exemplare**  
**Preis: 44,— DM pro Mindestabnahme**  
**Bestell-Nr. 3913**

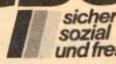
Helmut Kohl hat auf dem Parteitag in seiner Eröffnungsrede den Anspruch der Union begründet, die Regierungsverantwortung in der Bundesrepublik Deutschland zu übernehmen.

Er hat deutlich gemacht, daß es Auftrag der Union ist, für unsere Ziele mit nie versiegendem Mut, mit entschiedener Leidenschaft, mit äußerstem Einsatz zu kämpfen.

Zugleich hat Helmut Kohl an alle Mitglieder appelliert und sie zu Solidarität und gemeinsamem Handeln aufgerufen.



## Heiner Geißler Wir können aus eigener Kraft gewinnen

**CDU**  


Rede auf dem 26. Bundesparteitag  
der CDU in Ludwigshafen.

**Mindestabnahme: 100 Exemplare**  
**Preis: 44,— DM pro Mindestabnahme**  
**Bestell-Nr. 3914**

Heiner Geißler hat mit seiner Rede auf dem 26. Bundesparteitag einen Rechenschaftsbericht über seine bisherige Arbeit als Generalsekretär gegeben. Zugleich hat er deutlich gemacht, daß die Union aus eigener Kraft Wahlen gewinnen kann. Er hat aufgezeigt, daß vor einer positiven Entscheidung der Wähler für die CDU drei Voraussetzungen erfüllt sein müssen:

1. Die CDU muß glaubwürdig sein.
2. Sie muß ihr Programm durchsetzen.
3. Sie muß einig sein.

**Bestellungen an das IS-Versandzentrum, 4830 Gütersloh 1, Postfach 6666, Telex Nr. 933753 disgv d.**

**Alle Preise verstehen sich inklusive Verpackungs- und Frachtkosten zuzüglich Mehrwertsteuer. Eilzustellungen werden gesondert berechnet.**

UNION BETRIEBS GMBH  
5300 BONN  
ARGLANDERSTRASSE 173  
POSTVERTRIEBSSTOCK  
Z 8398 CX  
GEBÜHR BEZAHLT

## ■ TERMINE

- 2. 12. JU Rheinland-Pfalz  
*Entwicklungs-politischer Kongreß*  
*Ludwigshafen*
- 2. 12. LV Baden-Württemberg  
*Landesvertreterversammlung*  
*Stuttgart*
- 2. 12. LV Westfalen-Lippe  
*Vertreterversammlung*  
*Europa-Wahl, Gelsenkirchen*
- 2. 12. CDU Niedersachsen  
*Landesausschuß, Hannover*
- 4. 12. LV Rheinland-Pfalz  
*Landesvorstand, Mainz*
- 4. 12. LV Rheinland-Pfalz  
*Landesparteiausschuß, Mainz*
- 4. 12. LV Bremen  
*Landesvorstand, Bremen*
- 5. 12. LV Rheinland  
*Kreisgeschäftsführerkonferenz*  
*Köln*
- 6. 12. CDU — Bund  
*Sozialausschüsse*  
*DGB-Arbeitsgemeinschaft, Bonn*
- 8. 12. LV Hamburg  
*Wahl der Europa-Kandidaten*
- 8. 12. CDU — Bund  
*BFA „Sport“, Bonn*

- 8. 12. LV Bremen  
*Außerordentlicher Landesparteitag*  
*Bremen-Vegesack*
- 8. 12. CDU — Bund  
*BFA „Entwicklungs-politik“*  
*Bonn*
- 8./9. 12. CDU — Bund  
*Sozialausschüsse, Bundesvorstand*  
*Königswinter*
- 9. 12. LV Schleswig-Holstein  
*Sozialausschüsse*  
*Landesausschuß, Bad Bramstedt*
- 9. 12. LV Schleswig-Holstein  
*Umweltschutzkongreß, Nortorf*
- 9. 12. KPV/NW  
62. Fachtagung, Oberhausen
- 9. 12. LV Hessen  
*Frauenvereinigung*  
*Landesdelegiertentag*  
*Bad Nauheim*
- 9. 12. CDU — Bund  
*BFA „Sicherheitspolitik“, Bonn*
- 11. 12. CDU — Bund  
*Präsidium, Berlin*
- 11. 12. CDU — Bund  
*Bundesausschuß, Berlin*
- 11./12. 12. CDU — Bund  
*Landesgeschäftsführerkonferenz*  
*Berlin*
- 12. 12. CDU — Bund  
*Kommission*  
*„Kommunale Mitwirkung“, Bonn*

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Gerhard Braun. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis vierteljährlich 9,- DM. Einzelpreis 0,75 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.